



Evangelische Verantwortung

Januar 1988

Gedanken zur Jahreslosung 1988

Albrecht Martin

Eigentlich stellt diese Jahreslosung an jeden, der sich auf sie einläßt, recht hohe Anforderungen. Dabei denke ich zunächst nicht einmal an den Ruf zur Umkehr, zum Sinneswandel, so schwierig das schon ist, sondern an die Forderung zu glauben. Was ist der Inhalt des Evangeliums, der Freudenbotschaft, auf die wir trauen sollen? Denn so, als ein Trauen, sollen wir den Glauben verstehen. Markus hat die Botschaft Jesu in zwei Aussagen zusammengefaßt: „Erfüllt ist die Zeit, und Gottes Herrschaft ist nahe herbeigekomen.“

Die Zeit ist an ihr Ziel gekommen – „was der alten Väter Schar höchster Wunsch und Sehnen war, und was sie geprophezeit, ist erfüllt in Herrlichkeit.“ Das Sehnen der Väter galt dem Einssein mit Gott, der Überwindung der durch die Sünde des Menschen herbeigeführten Trennung von Gott durch Gottes Liebe. Aus denen, die los waren von Gott, sollten wieder Gottes Kinder werden. Daß dies nun geschehen sei, ist die Freudenbotschaft, der wir trauen können.

Jahreslosung 1988 Markus 1, 15

**Jesus Christus
spricht:**

kehrt um

**und glaubt an das
Evangelium!**

Arnold

Solches Vertrauen bewirkt und setzt zugleich Umkehr, Sinneswandel voraus. Daß es nicht an unserem Rennen oder Laufen liegt, sondern allein an Gottes Gnade, das anzunehmen, darauf zu vertrauen, erfordert in der Tat einen neuen Menschen. Und wir versuchen immer aufs Neue, uns selbst in den Mittelpunkt zu stellen, uns selbst absolut zu setzen und von uns aus die Welt, ja sogar Gott zu verstehen. Umkehr bedeutet wirklich ein neuer Mensch zu werden.

Umkehr – natürlich nicht nur im Denken, sondern auch im Handeln, im Verhältnis zu den Mitmenschen. Wer umkehrt, wer der Freudenbotschaft traut, der soll an seinen Früchten zu erkennen sein; nicht nur in besonderen Situationen, sondern im ganz alltäglichen Leben.

In dieser Auslegung ist mir die Jahreslosung dieses Jahres nun seit Jahrzehnten vertraut. Ich fand sie bei den Exegeten der Schrift, in den Antworten meines Katechismus wie in den Chorälen des Gesangbuches, und ich freue mich dieser Hilfen. Und doch stellt sich mir immer wieder die Frage, und sie stellt sich mir drängender, seitdem ich ein politisches Amt wahrnehme, ob ich mich denn wirklich auf den Anbruch der ganz neuen Zeit verlasse, ob ich mit dem Ruf zur Umkehr wirklich und konsequent ernst mache.

Was macht mir manchmal Not?

Um es ganz offen auszusprechen: ich halte eine starke Bundeswehr für nötig zur Erhaltung von Frieden in Freiheit, ich sehe im Bündnis der Nato ein Element der Friedenssicherung, ich halte strengere Gesetze zur Bekämpfung der terroristischen Gewalt für geboten, und ich meine, daß unser Staat sorgfältig prüfen

muß, wen er als Asylanten aufnimmt. Bin ich damit nicht noch ganz und gar der doch überwundenen Welt verhaftet? Rechne ich denn überhaupt ernsthaft mit der Erlösung, damit, daß durch Christus alles neu geworden ist? Denke und handele ich damit nicht so, als ob gar nichts geschehen wäre?

Solchen Fragen soll und darf niemand ausweichen, selbst dann nicht, wenn sie von einer Position hochmütiger Sicherheit gestellt werden. Auch die Gegenfrage: was geschähe, wenn die Bundesrepublik auf Waffen und Bündnis verzichtete, wenn an der Startbahn West kein Polizeibeamter mehr stünde, wenn wir alle in unser Land hineinließen, die irgendwo in der Welt Not oder Bedrückung erleiden, diese Gegenfrage allein genügt als Antwort nicht. Es könnte ja sein, daß die Umkehr gerade darin besteht, daß wir alle diese Bedenken und Sorgen von uns werfen und uns ganz und gar und fröhlich und getrost Gott in die Hand gäben, uns ihm anvertrauten. Nein, es ist falsch, diese Aussage im Konjunktiv zu machen: wir sollen und

dürfen uns Gott ganz in die Hand geben, sollen und dürfen ihm vertrauen. Aber das bedeutet doch nicht, daß ich aufhören dürfte, auch mit den Kräften und Möglichkeiten dieser Welt, gerade weil ich um ihre Vorläufigkeit weiß, zu rechnen und mich ihrer zu bedienen. Unter den Vorwürfen, denen man in der innerkirchlichen Diskussion mitunter begegnet, schmerzt der am meisten, daß man sich auf Waffen verlasse und nicht auf Gott; als ob das Vertrauen auf Gott den Einsatz ärztlicher Kunst ausschliesse!

Der Ruf zur Umkehr und der Ruf, dem Evangelium zu trauen, sind gewiß nicht zunächst politisch gemeint, aber sie haben besondere Bedeutung für unser politisches Handeln. Die Zusage, daß Gott mich in Jesus Christus angenommen hat, trägt in aller Not und durch alle Enttäuschungen; und der Ruf zur Umkehr mahnt mich ständig, das mir im Glauben geschenkte neue Leben in meinem Tun und Lassen Gestalt werden zu lassen. So tröstet, ermahnt und ermutigt zugleich diese Jahreslosung 1988.

Anm.: Die Grafik auf S. 1 ist den CVJM-Informationen (10/87 - 5/1) entnommen.

Alterssicherung – die Notwendigkeit einer Neuordnung

Werner Steinjan

Mit der vom Rat der EKD vorgelegten, von der Kammer für soziale Ordnung erarbeiteten Denkschrift vom November 1987¹⁾ liegt nun neben vielen Gutachten und Stellungnahmen auch wieder ein Beitrag der evangelischen Kirche zur Rentendiskussion vor. Sie ist das Ergebnis mehrjähriger, wohl auch kontroverser Arbeit. Vorangegangen waren 1973 Aussagen zur sozialen Sicherung im Industriezeitalter in einer Denkschrift gleichen Namens und 1982 in einer weiteren Denkschrift über Grundsätze zur Weiterentwicklung der Rentenversicherung und Altersversorgung in der Bundesrepublik Deutschland mit der Grundforderung einer ehefreundlicheren und familienfreundlicheren Gestaltung.

Die Denkschrift von 1987 befaßt sich mit einer Fülle von Problemen, vom ethischen Ansatz, über eine Analyse der Reformprobleme mit eigenen Vorschlägen bis zu einem Kapitel „Ungeklärte Fragen“. Bemerkenswert ist der ethische Ansatz, der nicht bei allen Denkschriften und Äußerungen zu Sachfragen geglückt ist.

¹⁾ Alterssicherung – die Notwendigkeit einer Neuordnung, Gütersloher Verlagshaus Mohn, 1987

In den „**Ethischen Grundsätzen für eine verantwortliche Gestaltung der Alterssicherung**“ wird ausgeführt:

- Altersvorsorge zielt auf die Sicherung materieller Voraussetzungen für ein Leben in menschlicher Würde auch im Alter.
- Jeder Mensch ist grundsätzlich dafür verantwortlich, eigene Leistungen im Rahmen der Vorsorge für die Sicherung seines Alters zu erbringen.
- Vom einzelnen wie von der Gemeinschaft als ganzes sind Beiträge für eine solidarische Realisierung der Vorsorge gefordert.
- Die materiellen wie die immateriellen Leistungen, die der einzelne erbracht hat, sind bei der Gestaltung seiner Alterssicherung zu berücksichtigen. Höhere Eigenleistungen sind demgemäß auch durch höhere Leistungen (Alterseinkommen) zu honorieren.
- Besondere Solidarität gilt auch unkalkulierbaren und nicht verschuldeten Risiken, aber zuletzt sogar auch den selbstverschul-

deten. Eine sich an christlichen Werten orientierende Gesellschaft verweigert niemandem Hilfe.

- Die besondere Langfristigkeit jeder Altersvorsorge erfordert einen sich über Generationen erstreckenden Ausgleichsmechanismus, den von Nell-Breuning sogenannten „Drei-Generationen-Vertrag“.

Diesen (sinngemäß zitierten) Grundsätzen kann man einfach zustimmen. Ein Bruch ergibt sich lediglich aus dem vorletzten Grundsatz der Denkschrift (Ziff. 39). Hier wird gesagt, daß die Vorsorge für das Alter auch der ethischen Forderung nach einem permanenten Ausgleich zwischen ökonomisch Starken und Benachteiligten unterliegt. Man könne sich nicht damit begnügen, die Unterschiede während der Zeit der Berufsausübung einfach als Norm für die Unterschiede im Alter zu nehmen.

Zunächst muß man da wohl erst mal den auch hier leichtin gebrauchten Begriff der „Benachteiligung“ überprüfen. Geringes oder gar kein versicherungspflichtiges

Einkommen kann die Folge von Behinderung oder auch ganz einfach von Faulheit oder Dummheit sein oder auch sich bewußtem Entziehen vor der Solidargemeinschaft. Soll aber jener, der sich der geforderten solidarischen Vorsorge entzieht, mit dem Behinderten gleichgestellt werden? Nach christlichen Werten wird niemandem Hilfe verweigert, aber die leistet die Sozialhilfe.

Die Verfasser haben offenbar den Gegensatz zum Prinzip der Äquivalenz (4. Spiegelstrich) gesehen. Die geforderte Verbesserung habe „ihre Grenzen, wo sie kontraproduktiv wirkt, nämlich die gebotene Selbsthilfe und Selbstvorsorge behindert“. Das System braucht die Bereitschaft der großen Mehrheit zur solidarischen Leistung. **Vorsorge für das Alter ist ein wichtiges Leistungsmotiv.** Wenn mangelnde oder bewußt unterlassene Vorsorge ausgeglichen wird und es Leistungen ohne die lästige Überprüfung durch die Sozialhilfe doch gibt, wozu sollte man sich dann mühen? Man muß es deshalb bei dem in der Denkschrift geforderten Prinzip der Lohnbezogenheit belassen.

Schon in der Zusammenfassung wird die Notwendigkeit einer Neuordnung in drei Punkten begründet:

1. Mit den sich aus der absehbaren Bevölkerungsentwicklung ergebenden finanziellen Problemen, aber auch den wachsenden Ungleichheiten zwischen Versicherungsgruppen bis hin zur Beamtenversorgung.
2. Mit der immer noch unzureichenden Anerkennung der natürlichen Leistung der Familien mit Kindern für die Erhaltung einer künftigen Generation von Beitragszahlern.
3. Mit der unzureichenden Absicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit im Alter.

In diesen drei Punkten ist nach der Denkschrift eine Neuordnung „spätestens bis Ende der nächsten Legislaturperiode des Deutschen

Bundestages (1990–1994) nötig“. Dazu werden im Abschnitt IV konkrete Forderungen erhoben. Es wird gesagt, daß „die Strukturreform so weit wie möglich an bewährte Grundprinzipien unseres Systems der solidarischen Sicherung anknüpfen soll“. Konsequenterweise werden einige als „ungeeignet“ bezeichnete Vorschläge abgelehnt, vor allem eine Grundrente für jedermann. Abgelehnt werden auch die immer wieder mit erheblichem Presse-Echo vorgetragenen Modelle, die die Alterssicherung einer Wohlstandsgesellschaft auf eigenes Vermögen der zu Sichernden stützen wollen.

Das Grundrentenmodell mißachtet den Zusammenhang solidarischer Leistungen mit den Vorleistungen, das Vermögens-(Kapitaldeckungs-)modell den volkswirtschaftlichen Zusammenhang. Die Promotoren dieses zweiten Modells behaupten ja, daß man mit ihrem Konzept den Folgen der Demografie entgegen könne. Im Gegensatz zur Umlagen-Versicherung sei ihr Modell zukunftssicher. In der Denkschrift wird (erneut) darauf hingewiesen, daß das falsch ist. Auch Einkommen aus Vermögen hängt vom Sozialprodukt des jeweiligen Zeitraums ab. Hierin unterscheidet es sich in nichts vom Umlageverfahren.

Habenzinsen und Vermögensauflösung als Quelle von Alterseinkommen brauchen zur Deckung Schuldzinsen und Vermögensbildung. Und dafür braucht man wie für Steuern und Sozialabgaben leistende Erwerbstätige. Eine mit dem Vermögensmodell vielleicht verbundene Verstärkung der Bildung von Finanzkapital trägt nur sehr begrenzt zur Verbesserung des Wachstums bei. Es mangelt ja bei uns weniger am Finanzkapital allgemein als am Risikokapital. Das aber ist, jedenfalls bei uns, nicht in erster Linie die Basis der Alterssicherung in privater Verantwortung.

Das Kapitel der Denkschrift „Vordringlich zu lösende Aufgaben“ ist eher ein Diskussionsbeitrag als ein in sich geschlossenes Konzept. Hier wird nur erwähnt, daß die Rentenformel weder einen Ausgleich für die steigende Abgabenbelastung

der Aktiven noch für die demografischen Veränderungen enthält. Rückwirkungen auf das Rentenniveau werden als möglich angesehen. Die ja gelegentlich auf dem Markt als Patentrezept angebotene „Maschinensteuer“ wird lediglich als „nicht unbedenklich“ bezeichnet. Daß hier wie beim Kapitaldeckungsmodell ein Denkfehler vorliegt, wird nicht gesagt. Dabei hätte man nur auf die Ziffer 46 (12 Seiten zuvor) hinzuweisen brauchen. Es sind immer und nur Erwerbstätige, die Primäreinkommen erzielen, aus denen Transfereinkommen gespeist werden. „Kollege Computer“ hat kein Einkommen, sondern Menschen und Unternehmen, hinter denen auch wieder Menschen stehen, erzielen Einkommen. Das hätte man deutlicher sagen und etwas weniger rücksichtsvoll sein sollen.

Nachdem die Maschinensteuer abgehakt ist, wird zum Ausgleich die Erhöhung und Stabilisierung des Bundeszuschusses gefordert. Es wird prognostiziert, daß „der Bund aufgrund der demografischen Entwicklung auf anderen Gebieten finanziell entlastet wird“. Das dürfte nur zum Teil zutreffen; denn eine schrumpfende Bevölkerung bedeutet ja auch ein zurückgehendes Steueraufkommen. Kaum weniger unsicher ist die angedeutete Möglichkeit, daß sich aus einer eventuellen, vom Bundesverfassungsgericht geforderten Änderung der Besteuerung von Renten und Pensionen Einsparungen für die Rentenversicherung ergeben könnten. Da dürfte wohl eher mit einem internen „Verschiebebahnhof“ als mit größeren Einsparungen zu rechnen sein. So sinnvoll eine Stabilisierung des Bundeszuschusses für die langfristige Berechenbarkeit der Rentenversicherung ist, so wenig darf der volkswirtschaftliche Zusammenhang auch hier außer acht gelassen

Aus dem Inhalt:

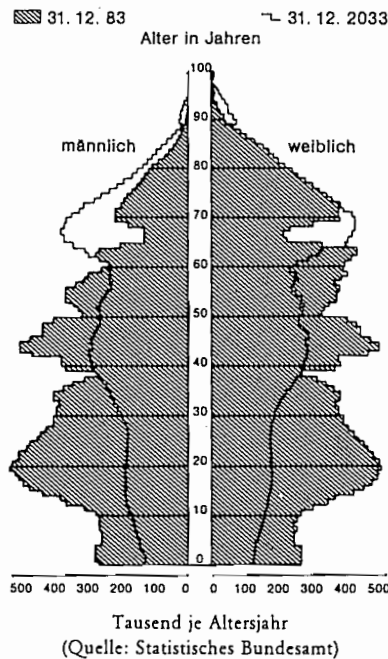
Gedanken zur Jahreslosung	1
Alterssicherung – die Notwendigkeit einer Neuordnung	2
Verschämte Altersarmut beseitigen	5
Altmark und Mecklenburg 1987 – Deutsche Gegenwart	7
Aus unserer Arbeit	12
Buchbesprechungen	16

werden. Auch der Bundeshaushalt muß aus dem Bruttosozialprodukt finanziert werden. Aber das ist eine Schwäche nicht nur dieser Denkschrift, sondern auch anderer Gutachten und Äußerungen. **Ressort-Denken reicht nicht aus. Es müssen immer die Rückwirkungen auf das gesamte System von Gesellschaft und Wirtschaft bedacht werden.**

Das gilt auch für die vorgeschlagene „Verbesserung der Hilfen bei Pflegebedürftigkeit“. Die Einbeziehung dieses Risikos in die Krankenversicherung wird als „dringend geboten“ bezeichnet. Es werden eine Reihe von Verbesserungen vorgeschlagen und „mit großer Dringlichkeit stufenweise Erweiterungen der Leistungen“ gefordert. Nichts gesagt wird aber zu einer nicht weniger dringlichen Abgrenzung. Die Entwicklung nach Einführung der Pflegeversicherung in Holland ist ja seit längerem bekannt. Es fehlt auch eine Anmerkung zu den volkswirtschaftlichen und nicht zuletzt beschäftigungspolitischen Folgen einer unvermeidlich weiteren Steigerung der Versicherungsbeiträge durch eine neue Versicherung. Es genügt nicht, von „Finanzierungsspielräumen“ zu sprechen, ohne konkret zu sagen, wo es die gibt.

Im Abschnitt „Weitere – längerfristig zu lösende – Aufgaben“ wird dann davon gesprochen, daß „die Vorstellung einer lebenslangen Ehe mit einem alleinverdienenden Ehepartner und einer nur kindererziehenden Mutter in vielfältiger Hinsicht nicht mehr durch die tatsächlichen Lebensverhältnisse der meisten Menschen eingelöst wird“. Daraus folgen Vorschläge zur eigenständigen Sicherung der Frau und zur Partnerrente. Die Rentenversicherung begann mit der Hinterbliebenenversicherung. Der heute diskutierte „Naturalbeitrag“ war damals die Norm. Dies gilt heute nicht mehr. Hier ist die Denkschrift konsequent. „Ist nur einer der Ehepartner erwerbstätig und sind keine Kinder vorhanden, so müssen im Grundsatz die Beiträge für beide Personen aus dem Erwerbseinkommen des einen Ehepartners aufgebracht werden“. Und ebenso konsequent ist dann die Hinterbliebenenversorgung auf „Ausnahmefälle“ beschränkt. Dies alles entspricht dem zur Zeit herrschenden Zug zur Singularisierung.

Ein – zurückhaltend kommentiert – eigenwilliger Vorschlag ist der einer „**Mindestsicherung im Alter**“, die von der Sozialhilfe befreit werden soll. Armut im Alter soll vermieden werden. Die Frage der „verschämten Armut“ ist schon in der Denkschrift von 1973 angeschnitten worden. (Wesentliche Ursache: Sorge vor dem Regreß der Sozialhilfe bei den unterhaltspflichtigen Angehörigen). Damals war vorgeschlagen worden, analog zu anderen Sozialleistungen auf den Regreß zu verzichten. Der neue Vorschlag heißt: Jedermann ist zur Mindestvorsorge für sein Alter verpflichtet. Er hat einen Mindestbeitrag zu entrichten, der versicherungsmathematisch die Mindest-



Altersaufbau der deutschen Bevölkerung am 31. 12. 1983 und am 31. 12. 2033

rente deckt. Daraus ergibt sich aber das Problem, daß „für Menschen mit niedrigem Einkommen die Mindestbeiträge (gemeint ist Mindestbeitragsätze) unverhältnismäßig hoch sein werden“ (Ziff. 80). Dem möchte man dadurch entgehen, daß die Sozialhilfe für den als nicht tragbar angesehenen Teil aufkommt. Es heißt dann: „Mit einer beitragsgestützten Mindestsicherung könnte vermieden werden, daß Menschen, die freiwillig ihre Arbeitszeit reduzieren, mit ihrer Alterssicherung der Allgemeinheit zur Last fallen, während diejenigen, die voll gearbeitet haben, für die freiwillige Reduzierung der Arbeitszeit der anderen aufkommen müssen“.

Mit diesem – durchaus prominent gestützten – Vorschlag wird nichts „vermieden“. Das Problem wird lediglich nach vorn verlagert, und damit macht man es moralisch schlimmer. Für „freiwillig ihre Arbeitszeit reduzierende“ junge Menschen müssen dann (erneut und zusätzlich!) ihre Eltern aufkommen. „Verschämte Jugendarmut“ wird es freilich kaum geben. Dafür sorgt dann der Staat durch den Einzug der Zwangsabgabe bei den Eltern. Im übrigen: Vor dem Einkassieren müßte ja wohl auch hier die Überprüfung der Bedürftigkeit der zu Versichernden stehen.

So geht es also nicht! Diskutabel ist dagegen die Überlegung (in Ziff. 86), an bedürftige Rentner die Sozialhilfe pauschaliert auszuzahlen und auf den Regreß – wie schon 1973 vorgeschlagen – zu verzichten. Hier kann an den Gedanken der Einleitung, daß die Solidarität auch jenen gilt, die verschuldet oder unverschuldet über kein oder nur über ein ungenügendes Alterseinkommen verfügen, angeknüpft werden.

Zuletzt wird – fast ein bißchen nachgeschoben – über einen zentralen Punkt der Neuordnung geredet, über „**Flexibilisierung und Anhebung des Renteneintrittsalters**“. Das steht ganz zutreffend im Abschnitt „Längerfristig zu lösende Aufgaben“. Ohne eine Sicherung der Belastungsbalance zwischen Beiträgen zahlenden Erwerbstätigen und Transferleistungen beziehenden alten Menschen ist das System nicht zu halten. Das wird – obwohl 23 Seiten zuvor zutreffend begründet – hier eher dilatorisch behandelt und fast wieder in Frage gestellt. Wenn die Belastungsbalance „flexibel“ zu erreichen ist, um so besser. Das kann aber nicht davon abhängig gemacht werden, daß die Betroffenen „heute eher eine frühe Verrichtung begrüßen“. Der Hinweis (Ziff. 94), „ein gleitender Übergang in den Ruhestand durch schrittweise Reduktion der täglichen, wöchentlichen und monatlichen Arbeitszeit“ sei „ein Schritt in die richtige Richtung“, wenn sich dabei „keine Mehrbelastungen für die Rentenversicherung ergeben“, trifft eben nur zu, wenn die Flexibilisierung hilft, das Renteneintrittsalter hinauszuschieben und nicht auch noch früher „in Rente zu gehen“.

Da alle die Alterssicherung langfristig erhalten wollen, ist heute schon klar, daß die Regelungen so geändert werden müssen, daß das Renteneintrittsalter hinausgeschoben wird. Die Notwendigkeit dazu wird von mehreren Faktoren u. a. von der weiteren Entwicklung der Erwerbsquote der Frauen und der Zuwanderung junger Ausländer beeinflusst. Deshalb muß heute noch nichts gesetzlich geregelt werden. Allerdings dürfte mit großer Wahrscheinlichkeit vom Bundesverfassungsgericht das Renteneintrittsalter als Teil der Lebensplanung angesehen werden.

Daher empfiehlt es sich, schon mit der Neuordnung das voraussichtlich notwendige künftige Handeln im Grundsatz anzukündigen.

So gesehen ist dann allerdings auch deutlich, daß die Belastungsbalance nicht nur „durch flacheren Anstieg der Renten- und Pensionserhöhungen, durch höhere Beitragssätze“ und durch teilweise Verlagerung auf die Steuerzahler „durch Neufestsetzung und Dynamik des Bundeszuschusses“ (Ziff. 59) getragen werden kann. Der vor allem ins Gewicht fallende Beitrag wird in 20–30 Jahren durch Hinausschieben des Renteneintrittsalters geleistet werden müssen. Das zu begreifen sollte in einer Zeit ständig weiter steigender Lebenserwartung nicht unmöglich sein.

In einem kurzen Kommentar zu 66 Seiten Denkschrift kann die ganze Fülle der einzelnen Beiträge zur Diskussion nicht behandelt wer-

den. Der sozialetische Ansatz, die im eigentlichen legitime Fragestellung einer kirchlichen Schrift, verdient es nochmals hervorgehoben zu werden. Es entspricht dem Verständnis evangelischer Sozialetik, auch „ungeklärte Fragen“ vorzutragen und in die Diskussion einzubringen. Man hätte etwas mehr Klarheit und vor allem Eindeutigkeit bei der Einordnung in die umgreifenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zusammenhänge gewünscht. Dessen ungeachtet ist die Denkschrift im Ganzen positiv zu beurteilen. Sie ist **eine weitere Stimme, die dazu helfen kann, den notwendigen breiten Konsens bei der Neuordnung der Alterssicherung in der Bundesrepublik Deutschland zu erreichen.**

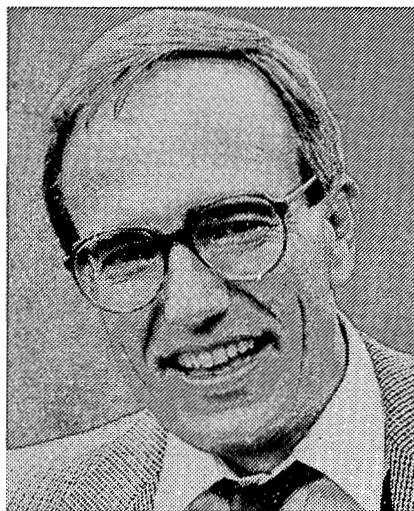
Verschämte Altersarmut beseitigen

Ulf Fink

Die Reform des Alterssicherungssystems ist eine der großen Herausforderungen für unsere Gesellschaft. Sie wird Konsequenzen haben für nahezu jeden Bürger unseres Landes. Wünschenswert und notwendig ist es daher, bei der anstehenden Steuerreformgesetzgebung einen breiten Konsens über verschiedene gesellschaftliche, soziale und politische Gruppierungen hinweg zu suchen.

Daß es gute Chancen für einen solchen Konsens gibt, belegt die von der EKD vorgelegte Denkschrift „Alterssicherung. Die Notwendigkeit einer Neuordnung“. Denkschriften der evangelischen Kirche haben eine lange und gute Tradition. Gerade die Tatsache, daß hier ein Konsens von Angehörigen vielfältiger politischer Denkrichtungen und Interessen erreicht wird, begründet und rechtfertigt ihre besondere Wirksamkeit in der Öffentlichkeit.

In der Sozialkammer EKD, die diese Denkschrift zur Alterssicherung vorgelegt hat, sind neben



Ulf Fink, Senator für Gesundheit und Soziales, Berlin

Theologen Politiker vertreten, die in verschiedenen Parteien Verantwortung tragen, Gewerkschaftler wie Sachverständige und auch Beamte, die bei diesem Thema unterschiedliche Positionen einnehmen. Die vorgelegte Denkschrift liefert einen grundlegenden Beitrag zur Reform der Alterssicherung und insbesondere zu Reformvorschlägen, die auch über Parteigrenzen hinaus

konsensfähig sein könnten. Darin liegt ihr ganz besonderer Wert.

Ausgangspunkt der Überlegungen und Vorschläge sind ethische Grundsätze für eine verantwortliche Gestaltung der Alterssicherung. Diese sozialetischen Prinzipien müssen auch Maßstab für die Alterssicherung bleiben, wenn in Zukunft mit der Veränderung im Bevölkerungsaufbau erhebliche finanzielle Probleme auf die Rentenversicherung zukommen.

Gerade auch unter diesen Grundsätzen wird es für notwendig gehalten, an dem heutigen beitragsbezogenen Rentensystem und am Versicherungsprinzip der gesetzlichen Rentenversicherung festzuhalten. Für ein Alter in Sicherheit und Würde ist es ein besonders befreiendes, die Würde des Menschen schützendes Prinzip, im Alter nicht auf Staatsgeschenke angewiesen zu sein, sondern das als Rente zu erhalten, worauf man sich mit seinen Beitragszahlungen einen Anspruch erworben hat. Die Kommission hat daher Vorschlägen, wie einer steuerfinanzierten Grund-

rente, eine eindeutige Absage erteilt. Sie setzt sich für eine gleichgewichtige Entwicklung der verfügbaren Einkommen von Aktiven und Rentnern ein. Weiter plädiert sie für eine verlässliche Gestaltung und angemessene Erhöhung des Bundeszuschusses.

In der Denkschrift werden die Ausweitung der Anrechnung von Erziehungszeiten in der Rentenversicherung und Verbesserungen der Hilfen bei Pflegebedürftigkeit als vordringlich zu lösende Aufgaben benannt. Mittel- und längerfristig gilt es ebenfalls, Aufgaben wie den flexiblen Übergang in den Ruhestand, Harmonisierung der Altersversorgung der Beamten und vor allem auch Fragen einer „Mindestsicherung“ zu lösen.

Das zuletzt benannte Thema, die Verbesserung der materiellen Lebenssituation derjenigen alten Menschen, die trotz eines arbeitsreichen Lebens nicht genügend Rentenanwartschaften erwerben konnten, betrifft eine Zielsetzung, an der mir besonders liegt. Um auch für diese Menschen ein Alter in materieller Sicherheit und Würde zu erreichen, habe ich in Berlin eine Gesetzesinitiative gestartet, für die ich mich derzeit auf Bundesebene um eine politische Mehrheit bemühe.

Was genau soll mit dieser Initiative erreicht werden?

Ein Beispiel: Eine Arbeiterwitwe erhält eine Rente von vielleicht 600,- DM. Andere Einkünfte hat die Frau nicht. Sie hat jedoch noch andere Ansprüche, nämlich die an das Sozialamt. Das Sozialhilfesystem ist ja als letztes Auffangnetz konzipiert. Die Rentnerin, von der hier die Rede ist, macht von diesem Recht jedoch keinen Gebrauch: aus Stolz oder aus Scham, auf staatliche Unterstützung (Almosen) angewiesen zu sein, aus Angst, die Nachbarn könnten sie schief ansehen, aus Furcht, ihre Kinder könnten in Regreß genommen werden. Konsequenz ist, daß diese Rentnerin ihr Leben mit Einkünften weit unter dem Sozialhilfesatz fristet.

Diese Art von Armut, die gleichsam verschämt auftritt und bescheiden und höflich ist, finde ich erschreckend. Ältere Frauen, die oft wegen Kindererziehung nur ungenügende Rentenansprüche erwerben konnten, sind in der Überzahl. Fast auf jeden Rentner, der Sozialhilfe in Anspruch nimmt, kommt einer, der Sozialhilfe nicht in Anspruch nimmt, obwohl er dazu berechtigt ist.

Der berechtigte Personenkreis liegt nach unseren Berechnungen bei knapp 500 000 alten Menschen: nämlich bei etwa 260 000 Rentnern, die bereits heute Leistungen der Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen erhalten, und bei knapp 240 000 Rentnern, die Sozialhilfe nicht in Anspruch nehmen, obgleich sie dazu berechtigt sind. Mehr als $\frac{2}{3}$ der Berechtigten (68,3 %) sind weiblich. Die überwiegende Mehrheit derjenigen, deren Rente das Sozialhilfeniveau nicht erreicht, war in der Arbeiterrentenversicherung versichert, nämlich fast $\frac{3}{4}$ (72 %).

Versuche, diese verschämte Altersarmut im Rahmen des Sozialhilfesystems zu beseitigen, sind gescheitert. Sie müssen scheitern, weil sie gegen grundlegende Normvorstellungen unserer Gesellschaft verstoßen. Deshalb ist es notwendig, neue Wege zu beschreiten. Beim Berliner Vorschlag geht es um die Gewährung von Sozialhilfe in einem menschenwürdigeren Gewand.

Bei der Berliner Gesetzesinitiative sollen Rentner, die mindestens 60 Jahre alt sind und deren Gesamteinkünfte unter Sozialhilfesatz liegen, eine Ausgleichszulage etwa bis zur Höhe des Sozialhilfeniveaus erhalten. Die Richtsätze liegen nach heutigem Stand bei 800,- DM für Alleinstehende und 1 200,- DM für Verheiratete. Anderes Einkommen und auch Vermögen werden angerechnet. Der Rückgriff auf die Kinder soll entfallen. Diese Ausgleichszulage, deren Finanzierung aus Steuermitteln vorgesehen ist, soll zusammen mit der Rente von den Landesversicherungsanstalten ausbezahlt werden.

Für die erforderlichen Einkommensüberprüfungen kann man auf Verfahren zurückgreifen, wie sie bereits beim Krankenversicherungsbeitrag der Rentner sowie bei der seit 1. Januar 1986 geltenden Hinterbliebenenrentenregelung eingesetzt werden. Der Vorschlag ist veraltungstechnisch durchführbar. In Österreich ist er seit den 50er Jahren verwirklicht.

Dieser Plan hat keinerlei Verwandtschaft mit einer Einheitsrente, Grundrente oder wie diese Vorschläge heißen. Mit dem Vorschlag, kleine Renten durch staatliche Zuschüsse auf ein Mindestniveau aufzufüllen, ist auch kein Angriff auf das Versicherungssystem verbunden. Die angestrebte Neuregelung soll gerade bei Aufrechterhaltung des beitrags- und leistungsbezogenen Versicherungssystems erfolgen. Es geht lediglich darum, mehreren hunderttausend alten Menschen die ihnen zustehenden Sozialhilfeleistungen über eine andere Adresse, nämlich über die Kassen der Versicherungsträger auszahlen zu lassen. Dabei wird der für das Versicherungsprinzip prägende Grundsatz von Leistung und Gegenleistung in keiner Weise angetastet. Beitragszahler werden mit keiner Mark zusätzlich belastet, sondern diese Leistung wird aus Steuermitteln finanziert.

Das Kindergeld wird heute von der Bundesanstalt für Arbeit – also der Arbeitslosenversicherung – ausgezahlt, finanziert wird es aus Steuermitteln, und ab dem zweiten Kind gibt es Einkommensgrenzen. Wenn das ohne Probleme für das Versicherungsprinzip möglich ist, dann kann die Berliner Initiative auch keine grundlegenden Probleme aufwerfen.

Ziel der Berliner Initiative ist der Abbau der verschämten Altersarmut und die Sicherung eines Alters in Würde. Es kann doch nicht richtig sein, einen alten Menschen nach einem arbeitsreichen Leben an das Sozialamt zu verweisen, wenn es auch anders geht.

Altmark und Mecklenburg 1987

— Deutsche Gegenwart —

Friedrich Menke

Vor fast 30 Jahren, 1959, erschien im Berliner „Tagesspiegel“ ein Artikel von Wolf Jobst Siedler „Roter Konservatismus“. Es erstaunt, wie zutreffend auch heute noch seine Beobachtungen über die Altmark oder Mecklenburg sind:

„Die Fahrt von Berlin nach Hamburg ist nicht nur die Fahrt durch das Herrschaftsgebiet einer Volksrepublik. Sie ist, von vielerlei Betracht, eine Reise in alte Zustände und damit in Deutschlands Vergangenheit. Es ist ein Unterwegssein mit Depressionen, aber auch voller melancholischer Wiederersehensempfindungen“.

Dies gilt nicht mehr für alle Gebiete der DDR; denn Modernitätssprünge, industrielle „Wüstungen“ von Stadt und Landschaft findet man in großstädtischen Ballungszentren, aber auch in ehemaligen Landstädten wie Neubrandenburg, um dessen Stadtkern immer weitere Wohnblocks in Einheitsbauweisen errichtet werden, bis der einhunderttausendste Bewohner dort eingezogen ist. Aber wir – sieben Bremer Privatreisende in drei Autos – streiften nur kurz Magdeburg auf der Hinreise, um dann drei Tage lang von Perleberg aus die Altmark zu erkunden und danach, weitere vier Tage in Wendfeld, einem Dorf südlich des Tollenseses wohnend, nach Neustrelitz, Rheinsberg und Neubrandenburg sowie der Insel Usedom zu fahren und über Waren, Plan und Ludwigslust heimzukehren.

Magdeburg erinnert überdeutlich an die flächendeckenden Zerstörungen des Weltkrieges. Fast alles ist neugebaut, und so dominiert der gewaltige, eindrucksvolle Dom die Innenstadt. Das klare, warme Frühherbstlicht, an Claude Lorrains römische Beleuchtung erinnernd, beglückt. Es ist die Unwirklichkeit des



Magdeburg
Dom, erbaut 1209–1520

Schönen; das Innere des Doms, die renovierten, sandsteinfarbenen Teile des Schiffs überzeugen, und störend ist nur das leicht getönte, nahezu farblose Kathedralglas. Wie wäre der Raumeindruck bei Fenstern in Chartresblau! Vor dem Kriegsdenkmal Barlachs – Traurigkeit des Krieges, Bewahrung der menschlichen Würde im Krieg – ein kurzer Text: „Sprich ein Gebet für Gerechtigkeit, Liebe, Versöhnung in der Welt“. Der Dom in dieser urdeutschen Stadt Ottos des Großen ist ein Kunstwerk und Ort von Kunstwerken, die zugleich und in erster Linie der Verkündigung von Gesetz und Evangelium dienen: das Abbild des himmlischen Jerusalems, die Danielsgeschichte auf den Kapitellen des Chorumgangs, das „Magdeburger Lächeln“ der keuschen Katharina, der Sündenfall als Alabasterskulptur der frühbarocken Kanzel oder die eindrucksvollen Figuren der törichten und der klugen Jungfrauen. Unser vorzüglicher Domführer verstand es,

die Gruppe von vierzig Personen – die Jungen wie Älteren – über zwei Stunden in den Bann zu ziehen, und dies in Form einer als Domführung verpackten Laienpredigt.

„Lesen Sie einmal nach, was in Matthäus 25 von den Jungfrauen berichtet wird.“ Und er setzte die gotischen Gestalten der Jungfrauen von 1240 in Beziehung zu dem damals für das Jahr 1260 angenommenen Weltuntergang. Eine gute Führung in einem solchen Gesamtkunstwerk, die es versteht, die geschichtlichen Zusammenhänge, architektonischen Ideen und biblisch-theologischen Vorstellungen lebendig und klar zu erläutern, ist unbezahlbar.

Wir schauten noch in das frühgotische Kloster während der Probe für eine Beethovenmesse, stärkten uns in sehr geschmackvoll eingerichteten Klostercafé an einem trinkbaren Kaffee und vorzüglichem Kuchen und fuhren durch die dunkelnde Altmark nach Perleberg. Bei unseren alten Freunden in Perleberg kamen wir später als erwartet an, wurden mit einem fröhlichen Hallo empfangen, reichlich gespeist und auf die Familien verteilt, bei denen wir in den nächsten Nächten schlafen sollten.

Der abendlich-nächtliche Gang über den dunklen, kopfsteinpflastrigen Kirchenplatz an der St. Jakobi-Kirche vorbei weckte Erinnerungen an alte Zeiten, an die Kindheit.

Das Zimmer, das mir die Pastorenfamilie eingeräumt hatte, schaute auf den Obstgarten, dessen Pforte zu den Ufern der Stepenitz führte.

Deutsch-deutsche Einsichten

Abends und beim Frühstück führten wir mit unseren Gastgebern viele immer intensiver, offener, freundlicher werdende Gespräche über alles, was kirchlich, theologisch, politisch interessierten Menschen, Eltern wichtig ist.

Der Besuch Honeckers in Bonn (7. bis 11. September), der Anfang Oktober noch in lebhafter Erinnerung war, wurde in Gesprächen oft gestreift. Die meisten beurteilten ihn, was seine Auswirkungen betrifft, skeptisch. Der Reiseverkehr könne – aus Kostengründen – nicht wesentlich gesteigert werden. Der akute und chronische Devisenmangel der DDR verbiete dies ebenso wie die Grenzen finanzieller Belastbarkeit der Bundesrepublik. Aber immerhin seien Reisen selbstverständlicher geworden, zwar nicht als einklagbarer Anspruch, aber im Falle der Genehmigung nicht mehr so wie früher vor anderen zu verheimlichen. Beschränkungen gäbe es aber genügend; vor allem Sorge das Regime dafür, daß „familiäre Geiseln“ die Heimkehr der Westreisenden garantieren; aber schon vor dem Besuch Honeckers sei es besser geworden. Die Bonn-Reise selbst wird als eine beachtliche Leistung des 75jährigen Honeckers gewertet. Er habe eine gute Figur gemacht, und im Fernsehen der DDR sei alles, auch die kritischen Töne z. B. der Gästerede Kohls, gesendet worden. Mit der Tatsache der zwei Staaten hat sich jeder in der DDR – nur dort? – abgefunden, aber man registriert, daß die Grenze durchlässiger geworden ist. Einigkeit besteht auch darüber, daß die DDR wirtschaftlich immer weiter gegenüber der Bundesrepublik zurückfällt. Vor allem akademisch-medizinisch gebildete Gesprächspartner wiesen darauf hin, daß der Rückstand in der Hochtechnologie, im Wissenschaftstransfer, in der Fähigkeit, Arbeitsprozesse optimal zu organisieren, größer werde. Die Gründe liegen wohl weitgehend in der zu starren, störanfälligen Planwirtschaft, der mangelnden Motivation der Menschen, die, was Arbeit und Arbeitslohn betrifft, ihr Interesse nicht gewahrt sehen.

Am Sonntag mußten wir uns polizeilich anmelden, eine Prozedur, die wie bei den Grenzgängen korrekt, höflich und recht rasch verlief. Vermutlich ist diese umgänglichere Form auch den dienstführenden Volkspolizisten lieber. Die Stimmung ist entspannter, auch wenn an den Grenzübergängen der Gesamteindruck der Übermaßen an Abschirmung, Kontrolle den Widerwillen gegen das kommunistische System heftig weckt.

Der Erntedank-Gottesdienst in der Jakobikirche war mit etwa 200 Besuchern, darunter vielen älteren und jüngeren Männern, gut besucht, und unser Pastor ging in seiner Predigt über Jesaja 58, 7 – 12 darauf ein, wie wenig selbstverständlich es sei, das tägliche Brot zu haben. Manche sähen nur die Leistung der Menschen. So habe ein Plakat zur letzten Volkskammerwahl den Spruch aufgewiesen: „Ich leiste – ich leiste mir etwas“. Aber sich etwas leisten, sich herausstellen deute eher auf einen Mangel an Souveränität hin. Jesaja fordere auf, denen, denen etwas fehlt – z. B. Brot, Freiheit, Gespräch – dieses zu geben, denn „Der Herr wird dich immer führen, auch im dünnen Land macht er dich satt und stärkt deine Glieder. Du gleichst einem bewässerten Garten, einer Quelle, deren Wasser niemals versiegt.“

Es war eine beglückende Stunde des gemeinsamen Hörens, Singens und Abendmahlfeyerns.

In einer großen Runde trafen wir uns zum Mittagessen danach in der „Stadt Magdeburg“, einer HO-Gaststätte, die ein engagierter Gastwirt zu einem wirklichen Mittelpunkt der Gastfreundschaft hochgearbeitet hat. Das ist eher die Ausnahme.

Mit den Gaststätten machten wir fast überall recht gute Erfahrungen. Gewiß, die Küche in der DDR ist immer noch schwer, ähnlich wie auf dem Lande bei uns. Aber die Bedienung war fast immer freundlich, die niedrigen Preise – maximal 12,— für ein Hechtessen, somit 4,— bis 6,— Mark für ein einfaches Essen – erstaunten.

Aus dem Mittelalter in die Gegenwart

Wir sahen die grenznahe Festung Dömitz im breiten Elbe-Urstromtal, Bad Wilsnack mit seiner gewaltigen Wallfahrtskirche St. Nikolai und Stendal mit seiner Marienkirche, die 1435–1447 in ungemein raschem Tempo errichtet wurde. Der Aufstieg und Glanz dieser spät-mittelalterlichen Stadt der Altmark gründete im segensreichen Wirken des Nürnberger Burggrafen Friedrich von Hohenzollern, der 1415 Markgraf wurde. Unter seiner Schutzherrschaft blühten Handel und Gewerbe auf, schwanden Spuren der Pestzeit und des Raubritterunwesens. Heute ist Stendal sehr vernachlässigt. Sieht man von den großen Kirchen ab, so erweckt die Stadt, deren Altbauten unansehnlicher, unwohnlicher werden, einen traurigen Eindruck. Das ist anders in Tangermünde, der einstigen Nebenresidenz von Kaiser Karl IV. Die Hauptstraßen säumen viele gut restaurierte Fachwerkhäuser aus dem 16. bis 18. Jahrhundert. Auffallend sind die reichgeschnitzten Portale und Torbalken. Die Marienkirche ist farblich auffallend gestaltet, die Wände und die Pfeiler sind bis oben weißgetüncht, dann überwiegen schwarz-weiß-rote Farben der Ursprungsgestaltung.

Eindrucksvoll ist auch die Gottesburg, der große, auf der Höhe stehende Dom von Havelberg, der das recht unansehnliche Städtchen dominiert. An der Mündung der Havel in die Elbe setzten wir mit einer Kabelfähre über die Elbe und besichtigten in Werben die Johanneskirche, eine eindrucksvolle Hallenkirche des 15. Jahrhunderts. Das breite Urstromtal, die Wische, ist seit über 7000 Jahren besiedelt; im 12. Jahrhundert haben Holländer dieses Gebiet eingedämmt, entwässert und diese Landschaft der Weiden mit ihren Gehölzen, Gräben und Baumreihen gegliedert.

Ein Höhepunkt war der Besuch der Prämonstratenserklöster Jerichow, einer vollständig erhaltenen romanischen Anlage des 12. Jahrhunderts. Backsteinbauten mit sehr einfachen, eindrucksvollen Kapitellen.



Jerichow (Kr. Genthin)
Klosterkirche (2. Hälfte 12. Jh.) Kapitell in der Krypta

Jerichow hat die Baukunst im Elbe-Havelgebiet nachhaltig bestimmt, und die Technik des Backsteinbaus fand u. a. von Jerichow seinen Weg. Norddeutschland verdankt diesem Kloster viel.

Wir konnten uns im sehr harmonischen Sommerrefektorium (13. Jahrhundert) noch an einem Konzert friedenzianischer Musik, gespielt in Kostümen des 18. Jahrhunderts, erfreuen.

Denkmalschutz und Lebenshilfe

Auf der Fahrt nach Mecklenburg-Strelitz streiften wir Dallmin, ein unscheinbares Dorf, in dem viele Jahrhunderte die Herren von Winterfeld als Patronatsherren geherrscht hatten. Die Dorfkirche, ein Feldsteinbau aus dem 13. Jahrhundert ist – seit der Renovierungsarbeiten des Pfarrers St. – wieder ein Schmuckstück geworden. Der schöne einheitliche Innenraum mit den auf Holz gemalten vegetabilischen Ornamenten, der schwebende barocke Engel, dessen Taufschale sich senkt, wenn sie mit Taufwasser gefüllt wird, ließen uns lange verweilen. Pastor St., den wir von seiner Arbeit – Dachreparatur des Pfarrhauses – weggelockt hatten, erklärte die Geschichte der Kirche, der Restaurierung, seine Kinder hatten Teile des Engels und anderes im Garten gefunden, und so fand er im Restaurieren seinen zweiten Beruf. Inzwischen ist er ein gesuchter Fachmann, Berater des

Perleberger Heimatmuseums. Pfarrer St. findet, daß man die Geschichte seiner Kirche, seines Dorfes kennen muß und ein Pfarrarchiv viel Aufschluß gibt. Im übrigen wird viel für die Kirche gespendet, nicht zuletzt von Winterfeldts. Wir sprachen auch über seine Arbeit als Drogenberater (Alkohol und Medikamente) und die vielen psychisch kaputten Typen, die vielfach unter Lehrern und Offizieren der Nationalen Volksarmee zu finden seien. Menschen dieser Berufsgruppen, die nach außen hin eine Rolle spielen müssen, kommen mit sich, mit ihrer Identität nicht klar, flüchten sich in Drogen. Auf Dauer kann man eben nicht mit dem Brustton der Überzeugung erzählen, woran man nicht glaubt. Die Lüge macht krank. Dieses Phänomen fiel mir schon 1957 in Potsdam auf.

Dallmin hat auch eine Partnergemeinde, zwar nicht wie gewünscht im nahegelegenen Hamburg, sondern – von der Kirchenleitung verordnet – im fernen Heidelberg, aber es klappt, obwohl die Gemeinden theologisch, kirchengeschichtlich und geographisch so entfernt seien. Es gäbe viel Verbindendes, vor allem im Willen, den Frieden zu bewahren. Pfarrer St. sieht in der Kirche die älteste Friedensbewegung, nur müsse die Kirche, d. h. wir alle dies deutlicher zeigen. Viel Zeit bleibe nicht. Die im westlichen Fernsehen hochgejubelte alternative Friedensbewegung der DDR, die wie auf dem Ostberliner Kirchentag ihre Stimme erhöhe, sei kritisch zu betrachten, vor allem, wenn im Grunde Kirchenfremde die

Räume der Kirche benutzen, um zu agitieren. Um dem zu wehren, müsse die Kirche selbst sich als Speerspitze der Friedensbewegung begreifen.

Der jugendlich wirkende Pfarrer, dessen Vater 1945 als Mitwirkender der Gruppe um Canaris und Bonhoeffer hingerichtet worden ist, war kritisch gegen rechts, aber offen im Dialog und akzeptierte, daß einige von uns überzeugte CDU-Mitglieder waren.

Auch Gespräche mit anderen Pfarrern zeigten, daß diese sehr viel von den Sorgen ihrer Mitmenschen mitbekommen, sich auf das Leben im real-existierenden Sozialismus eingerichtet haben und die Freiräume für Gespräche nach Kräften nutzen. Sie sind vor allem dort kritisch, wo der Staat bei der antireligiösen Erziehung junge Menschen in Wissensnöte stößt. Sie verstehen ihr Wirken auch so, daß es Schönes – wie Kirchen – oder die von Gott geschaffene Natur zu schützen gilt. Sie wecken mit Gleichgesinnten das Verantwortungsgefühl für das, was Gott geschaffen, was unsere Vorfahren uns hinterlassen haben. Es sind vielfältige Aufgaben, die sie leisten, und mancher kirchentreue Laie mag denken, es sei nicht die vornehmlichste Aufgabe von Pfarrern, Kirchen zu restaurieren oder die Umwelt zu schützen, sondern vor allem Gottes Gesetz und Evangelium zu predigen. Dies allerdings ist zumindest in ländlichen Gebieten mühsam, wenn 3, 4 oder 5 Dörfer zu versorgen sind. Weihnachten wird dann fürchterlich, und das Gefühl der Ohnmacht wird übermächtig, wenn man einzelnen Menschen nicht mehr in Ruhe begegnen kann und Seelsorge ein unerfüllter Auftrag bleibt.

„Kindheitsmuster“

Die Fahrt entlang dem Südufer der Müritz nach Wendfeld-Hohenzieritz, oberhalb der Lieps, war eine Reise in die Vergangenheit, in die Kindheit. In Neubrandenburg an den Ufern des Tollenseses hatte ich meine Kindheit verbracht, bis wir zwei Tage vor „Befreiung“ Neu

brandenburgs und ihrer Zerstörung durch die sowjetrussischen Truppen radelnd geflohen waren.

Wiedersehensfreude mit den spätgotischen Stadttoren, den Feldsteinmauern, den Wallanlagen und ihren Hochzeitseichen, also mittelalterlichen Befestigungsanlagen, die im März/April von Pimpfen – auch dem 14jährigen Schreiber – in Verteidigungszustand versetzt wurden. Panzergräben wurden geschachtet und die Öffnungen der Backsteintore mit Eichenbalken

verrammelt. Tragikomische Szenen des Kriegsendes! Tore, durch die nicht nur Schüler zur Schule radelten, sondern Lastkraftwagen fuhren, auf denen weibliche bewaffnete KZ-Bewacherinnen arme weibliche KZ-Häftlinge transportierten. Auf dieses Lager, eine Nebenstelle des Konzentrationslagers Ravensbrück, stieß ich 1943 oder 1944 auf einem herbstlichen Spaziergang mit meinem Vater. Es war in den hügeligen Wäldern, die den Tollensesee begrenzen und die hinter unserm Haus begannen.



Neubrandenburg, Am Tollense-See.

„Mein“ Wald war mir damals unheimlich geworden; denn wo ich Höhlen gebaut, Pilze und Maiglöckchen gesammelt hatte, das stieß nun durch Stacheldraht und Hundegebell ab. Unser Haus sah ich wieder, obwohl es fremd, klein geworden zu sein schien, an der Hinterfront fehlten die durchgehenden Holzbalkone dieser Pensionsvilla von 1904, die wir 1935 bis 1945 bewohnt hatten.

Freundliche Bewohner ließen mich in den Garten und meinten, das Haus solle auch restauriert werden. In der Tat hatte sich seit 1981 einiges gebessert. Das Seeufer mit seinem Badestrand lud ein, und der Blick über den See nach Westen zum Schinkelschen Ehrenmal in Broda und nach Nordwesten zur Stadt mit dem Turm der immer noch zerstörten Marienkirche war wohltuend.

Der Strand, auf dem wir im Sommer spielten und auf dem eines Tages – vor Kriegsende – der wildgewordene Gauleiter Hildebrandt

aus dem Schnellboot stieg und uns mit blutenden Wassernhühnern, die er in Unmengen mit einem Schnellfeuergefeuer getötet hatte und die er mit beiden Händen schwenkte, blutig spritzte. Erinnerung an den ständig betrunkenen Kreisleiter, der uns gegenüber in einem Mehrfamilienhaus wohnte. Dieses „Kreisleiterhaus“ war renoviert und glänzte in neuen Farben. Aber „meine Wälder“ waren immer noch gesperrt, waren militärisches Sperrgebiet, tönnten von Gewehrfeuer. Und solche Sperrgebiete – russisches oder deutsches Militär – sahen wir auf unseren Fahrten immer wieder. Verschwunden waren die freien Hügel mit ihren Baumgruppen, spielenden Fuchskindern, Vögeln, diesem hinreißenden Paradies der Kinder, das uns umgab. Fremd geworden war vieles, kaum wiederzuerkennen. Und es wird noch fremder werden, wenn in einigen Jahren der Blick sich auf eine neue klobige Trabantenstadt statt auf den Ehrentempel richten wird. Neubrandenburg soll und will Großstadt werden. Aus den 23 000 werden bald über 100 000 Einwohner!

Angenehmer die Wiedersehensfreude auf der Fahrt zur Insel Use-

dom, die eine „Freundschaftsgrenze“ zwischen Polen und Deutschland teilt. In Ahlbeck und Heringsdorf waren vor kurzem die Sommerpensionsvillen, Paläste der Gründerjahre, der Belle Epoque, restauriert worden, vormals bewohnt von Berliner Bankiers, Großbürgern, die hier mit ihren Familien im Sommer weilten. 1986 restauriert, glänzten die Gebäude mit großen Fensterfronten und durchgehenden Balkonen in geschmackvollen Pastelltönen. Auch der ins Meer gebaute Pavillon erinnerte an Brighton, die Côte d'Azur, Deauville, und es fehlten nur die weiblichen und männlichen Strandpromeneure dieser Zeit bürgerlicher Kultur. Zeit der Klassenfeindschaften, einer aufs Äußerste verfeinerten Kultur, wie sie die Werke Hofmannsthal's, Thomas Mann's widerspiegeln oder Gottfried Benn sie in „Ausdrucks-welt“ heraufbeschwört.

Jetzt scheint die Oktobersonne warm, wärmt ältere Werktätige, Mütter in den Strandkörben, die der Hofkorbmeister Bartelmann vor einhundert Jahren im Familienbad Kühlungsborn erfunden hatte. Strand, Meereswellen, Dünen, Strandkörbe, spielende Kinder auch in Zinnowitz, das aber massentouristischer, heruntergekommener wirkte. Das waren Orte paradiesischer Sonntage vor 1945, als wir dort hinfuhren, picknickten, badeten, spielten und uns auf der Rückfahrt durch Schaf- und Kuhherden aufhalten ließen.

Vom Gestern ins Heute

In Wolgast ließ uns ein Küster die Petrikerche sehen und seinen Totentanzzyklus, der 1700 nach Holbein gemalt worden ist. Auf ihm sind nicht nur Kaiser und Papst als Beute des Todes dargestellt, sondern auch das Heilige Römische Reich. Sehr sehenswert – wie in Perleberg – das Heimatmuseum, das die Geschichte von den germanisch-slawischen Vorzeiten bis in die Gegenwart, die erste und zweite Bodenreform präsentiert.

Andere Ausflüge führten nach Neustrelitz, Hohenzieritz der Königin Louise und nach Rheinsberg,

jenem Schloß, in dem der Kronprinz Friedrich seine schönsten Jahre verbracht hat. Vor dem Park das muntere Treiben eines Floh- und Trödelmarktes, auf dem aktuelle Platten westlicher Popkünstler teuer – 75 bis 140 Mark – verhökert wurden. Die Müritz mit ihren unendlichen Wasserflächen, den Binsfeldern in den Buchten und den Mischwäldern, die sie umgeben, beglückte.

Viel haben wir gesehen und gehört, so auch ein barockes Kammerkonzert in der restaurierten runden Dorfkirche Weisdin, die – wie das spätbarocke Gutshaus – von der Patronatsfamilie derer von Pekatel (13. – 18. Jahrhundert) um

Intarsien – wirken zu können und dafür Lohnabstriche in Kauf nimmt? Überhaupt scheinen – auch in der DDR – viele jüngere Menschen dort zu arbeiten, wo sie Befriedigung finden, z. B. als selbständige Handwerker wie unsere Gastgeber in Wendfeld.

Gewiß, es sind Freiräume in einem System, das ein relativ dichtes Netz – z. B. kostengünstige Versorgung von Kranken – bietet, aber man möchte sich doch seine private Nische einrichten. Manchmal ist dies schwierig; so klagte ein privater KFZ-Reparateur darüber, daß er nicht die abdichtenden Gummiringe in der erforderlichen Qualität erhalte. Wer gute Arbeit liefern

„Dat scheune Land“

Wir aber konnten, unsagbar gastfreundlich und gesprächsbereit aufgenommen, durch dies schöne norddeutsche Land, das Mecklenburg Fritz Reuters, reisen. Vom ausgebauten Neubauernhäuschen unserer Gastgeber steigt man an Trauerweiden, Fliederbüschen und Schlehen vorbei auf die Hellberge, von dort schaut man auf die Lieps, die Niederungen des Nonnenhofes, in denen auch heute Kraniche ihre Brauttänze zelebrieren, und den 12 km langen Tollensesee, an dessen Nordufer schemenhaft Neubrandenburg zu sehen ist. Es ist ein Blick über das weite Land mit seinen riesigen Feldern, Schlägen, den Baumalleen mit den Gehölzen, die die Feuchtstellen der Äcker umranden. Es ist eine schwingende Landschaft, beglückend im Lichte warmleuchtender Oktobertage. In seiner „Urgeschichte von Mecklenburg“ Fritz Reuters heißt es in der hochdeutschen Übersetzung:

„Wenn aber ein Fremder ins Land kommt, und er hat Augen zu sehen, dann sieht er auch, daß unseres Herrgotts eigene Hand auf Wiesen und Wäldern, auf Bergen und Seen sichtbarlich ruhte und daß sein Blick auch auf Mecklenburg fiel, als er sahe, daß alles gut war.“ Oder in der Sprache eines unbekanntes Dichters: „In Dütschland an den Ostseestrand, dor liggt en gor tau scheunet Land. 't liggt wat afsiet, dat is so: dor kümmt nich jederein up to. Dor wo dat greunt und wo dat bläuht, is 't unsen Herrgott sülwst 'ne Freud. Dat scheune Land, uns wollbekannt, dat ist dat Meckelbürger Land.“

Es ist schön, dieses norddeutsche Land, und die Menschen leben dort gern. Sie haben sich im Laufe der vier Jahrzehnte arrangiert, man tut, was man muß. Dem ungeliebten Regime begegnet man skeptisch und sieht zu, im Kreise Gleichgesinnter zu leben.

Das „tertium inter nos“, das die Menschen, Freunde Verbindende, kann das Wirken in der Kirchengemeinde, die Pflege der Natur oder des Geschichtlich-Überlieferten,



Perleberg – Bäckerstraße

1750 errichtet worden ist. Die Pekatels fanden, ohne ihrem Volk begegnen zu müssen, durch eine besondere Zufahrt den Aufstieg in ihre Patronatsloge. Und wir schauten – Telemann und Händel hörend – auf das marmoriert gemalte Holz dieser Dorfkirche.

Am wichtigsten waren uns Brethern in Perleberg, Dallmin und Wendfeld aber die Gespräche, der Austausch an Beobachtungen, Einschätzungen.

Wie leben junge Bausoldaten; welchen Eindruck macht es auf sie, daß zwischen der angegebenen und der wirklichen Arbeitszeit eine Differenz von 2 – 3 Stunden klafft? Wie arrangiert sich ein junger Handwerker, der in einer Großtischlerei viel verdienen kann, aber es vorzieht, in einem kleineren privaten Betrieb vielseitiger – Möbel, Särge,

wolle, könne dies u. a. deswegen nicht oder nicht rechtzeitig, weil die planwirtschaftlichen Engpässe die Zulieferungen verhinderten.

Am meisten stört die Menschen immer noch, daß sie nicht so weit und frei reisen können, wie sie es möchten. 7 oder 14 Tage im Inland zu verreisen, radelnd, sich unterwegs versorgend, ist fast unmöglich in einem System, das Ferienplanung en gros und quasi kaserniert betreibt. Und das Ausland, auch das sozialistische Ausland, ist teuer. Der ungarische Florin ist 1 : 1 einzutauschen, während Bundesbürger 5 Florin für eine DM erhalten und leichter die 40 Mark für den Campingplatz bezahlen können. Ferienreisende aus der DDR müßten für eine Unterkunft in festen Zimmern das bezahlen, was sie pro Person an Devisen erhielten: 500 Mark. Und ein Ehepaar zweier berufstätiger Pastoren erhält im Monat 1 500 Mark.

die zeitgenössische Dichtung Deutschlands oder die der Sowjetunion sein. Hier werden Gedanken ausgetauscht, hier wird es lebendig, froh, freundschaftlich. Und daran haben uns unsere neuen, so schnell vertraut gewordenen Freunde beteiligt. Wir konnten und wollten zuhören, und wir erzählten

von den Freuden und Sorgen unserer Kinder und dem, was wir uns politisch besser bei uns vorstellen können. Wer mehr gibt oder nimmt, ist schwer zu entscheiden, hängt ab von den jeweiligen Gesprächen, ist wohl auch unwichtig. Mehr wiegt die Tatsache solcher Reisen und Gespräche, die freilich auch öfter

bei uns stattfinden sollten. Deshalb soll man nicht nur besuchen, sondern Freunde aus der Altmark, Mecklenburg oder anderen Gegenden der DDR auch einladen.

Anm.: Dr. Friedrich Menke ist Mitglied des EAK-Bundesvorstandes und gehört dem Bundesfachausschuß „Deutschlandpolitik“ an.

Aus unserer Arbeit

Erfolgreiche Arbeit

Singen. „Christliche Grundwerte in der Union?“ – Unter diesem Motto stand die letzte Versammlung mit Neuwahlen des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) des Kreises Konstanz. Als Gäste waren Pfarrer **Ralf-Dieter Krüger** (Maulbronn), **Klaus von Trotha**, MdL (Konstanz) und **Dr. Michael Feist** (Karlsruhe) anwesend.

Die Kreisvorsitzende **Ute Moßbrucker** wies in ihrem Rechenschaftsbericht über die vergangenen zwei Jahre auf die gute Zusammenarbeit des EAK mit anderen Organisationen, wie der Jungen Union, der Frauenvereinigung und anderen hin. Hervorgehoben wurde auch die rege Teilnahme an den zahlreichen Veranstaltungen des EAK, so waren es in den letzten zwei Jahren über 700 Interessierte, wovon, dies wurde besonders betont, etwa 3/4 keine Mitglieder der CDU waren. Positiv bewertete die Vorsitzende die vielen Aktivitäten im Kreis Konstanz, wie der Besuch des Asylantenheimes und vieles andere.

Klaus von Trotha hob in seiner Ansprache noch einmal die Bedeutung des EAK hervor, die heute wichtiger sei denn je. Er bezeichnete den EAK, neben der Jungen Union, als eine der aktivsten Organisationen innerhalb der CDU und sicherte ihm die Unterstützung des CDU-Kreisverbandes zu. Der EAK sei der richtige Ort, um für „eine Wende in der CDU“ zu sorgen; auch habe der EAK zur Kontaktaufnahme mit Nichtmitgliedern außerhalb der CDU eine wichtige Funktion.

Nach der Entlastung des Vorstandes trat man in die Wahlhandlung ein. Ute Moßbrucker wurde erneut mit großer Mehrheit in ihrem Amt bestätigt. Die

beiden Stellvertreter **Martin Szegedi** und **Ulrich Hüls** wurden ebenfalls mit großer Mehrheit in ihr Amt gewählt, ebenso der Beauftragte der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, **Jens-Uwe Baeuerle**. Als Beisitzer wurden gewählt **Lothar Böhringer**, **Gerlinde Bohnstengel**, **Kuno Braun**, **Hans-Georg Bühner**, **Wolf Dietrich Kleeberg**, **Helga Kothe** und **Hans Wilhelm**.

Im Anschluß daran weckte Pfarrer Ralf-Dieter Krüger großes Interesse mit seinem umfassenden Vortrag über „Christliche Grundwerte in der Union?“

Zu Beginn wies er darauf hin, daß alle Parteien sich als demokratisch, freiheitlich und sozial betrachten, alle Parteien hätten aber auch christliche Elemente in sich.

Die CDU gibt dem in besonderer Weise durch das ‚C‘ im Parteinamen Ausdruck.

Die Reformation mit der Formulierung der Zwei-Reiche-Lehre wandte sich gegen eine Vermischung von geistlichem und weltlichem Regiment. Freilich regiert Gott in beiden Bereichen, nur auf verschiedene Weise. Deshalb sind Christen, gleich wo, immer wieder aufgefordert, ihr Handeln zu überprüfen.

Vielfach scheint heute eine radikale Umkehr geboten. Hierzu stellte Pfarrer Krüger unter anderem folgende Thesen auf:

- Wir müssen als Christen wieder ernst damit machen zu bekennen, daß wir an einen Gott glauben.
- Wir müssen uns bewußt werden, daß kein Mensch aus sich selber weiß, was Sünde ist und was Schuld vor Gott bedeutet.

- Gottes Gebote können nicht als Werte an sich verlangt werden. Sie setzen eine Glaubensbeziehung zu Gott voraus.

Zum Schluß wies Pfarrer Krüger auf die möglichen Konsequenzen für den EAK hin:

Er stellte die Frage, ob wir noch in der Lage sind zuzugeben, wo wir aneinander schuldig geworden sind? – ob wir noch in der Lage sind, einander um Vergebung zu bitten, wenn es nötig ist, auch öffentlich?

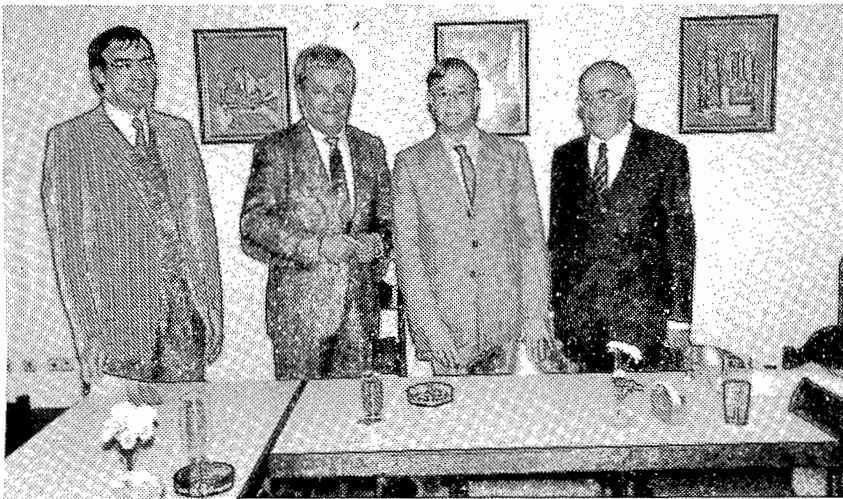
Christen, die erkennen, daß Gott mit jedem seine eigenen Wege geht, könnten auch offener werden gegenüber Andersdenkenden und somit in Gemeinschaft mit anderen Christen eine Erneuerung von Gott aus möglich machen.

In der Zwischenzeit hat jedoch eine breite Distanzierung von den Kirchen stattgefunden. So bietet das „C“ für die CDU heute keineswegs noch erhöhte Wahlchancen, sondern eher weitere Angriffsflächen. Auch die CDU als Volkspartei hat in ihrem Grundsatzprogramm als Zielgruppen Christen und Nichtchristen.

Politik ist nicht allwissend, erhebt nicht Anspruch der Unfehlbarkeit, und Politik kann nur dann erfolgreich sein, wenn auf breiter Basis die Politiker von Christen unterstützt werden.

Wer vom 1. Januar bis 31. Dezember seine Bibel verstauben läßt, dem wird auch seine Seele verstaubt sein.
Wer vom 1. Januar an in der Bibel nach Quellen des Lebens sucht, der wird auch am 31. Dezember helle Augen und ein fröhliches Herz haben.

Johann Hinrich Wichern



Diskussionsrunde beim Evangelischen Arbeitskreis der CSU – Augsburg-Land; v. li.:

Hans Häusler (Misereor München) Peter Höffkes, MdB (Nürnberg) Dr. Herbert Günther (Vorsitzender EAK) Horst Becker (Ev. Missionswerk-Neuendettelsau)

Entwicklungshilfe

Neusäss. „Die Entwicklungshilfe der Kirchen: Ist die Grenze des Machbaren erreicht?“ Das war die Fragestellung bei einem Informations- und Diskussionsabend, der vom evangelischen Arbeitskreis des Kreisverbandes Augsburg-Land der CSU im Pfarrzentrum St. Raphael in Steppach veranstaltet wurde. Der erste Referent, Bundestagsabgeordneter **Peter Höffkes** aus Nürnberg, ging zuerst auf die 25jährige Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche im Bereich der Entwicklungspolitik ein. In diesen Jahren habe der Staat einen Lernprozeß durchmachen müssen, in dem ihm aber beide Konfessionen beigestanden hätten.

„Wir haben noch nicht ausgelernt“, räumte Höffkes ein, daß auch noch jetzt Fehler gemacht würden. Die besten Leistungen in der Entwicklungshilfe seien, so Höffkes, von den Kirchen erbracht worden. Zur Spendenbereitschaft meinte der Bundestagsabgeordnete: „Die Deutschen sind nicht abgestumpft.“ Er belegte dies anhand zweier Spendenaufrufe im Fernsehen. Nach deren Sendung seien zirka 150 Millionen Mark auf den Spendenkonten eingegangen.

Höffkes legte ferner dar, daß bei den Gemeinschaftsprojekten von Staat und Kirche 75 Prozent der Kosten der Staat trage, in Einzelfällen sogar 100 Prozent. Komme die Kirche auch leichter an die Ärmsten der Armen heran und könne auch den Selbsthilfewillen wecken, so könne sie doch keine Infrastruktur-Ver-

änderungen vornehmen, stellte Höffkes fest. Aber akute und langfristige Armutsbekämpfung seien nicht unbedingt ein Gegensatz. „Einen Menschen, der an Hunger gestorben ist, kann man nicht mehr entwickeln“, machte Höffkes klar, daß man zuerst dafür sorgen müsse, daß „erstens keiner mehr verhungert, danach keiner mehr hungert und man dann Hilfe zur Selbsthilfe geben muß“.

Probleme bei der Entwicklungshilfe, so Höffkes, bereiteten vor allem die hohe Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer. Manche Länder hätten inzwischen mehr Zinsleistungen zu erbringen, als sie neues Geld bekämen.

Hans Häusler von der Misereor-Kontaktstelle München vertrat die Ansicht, daß die betroffenen Länder bei der Entwicklungsarbeit anerkannte Partner sein sollten. Man müsse aber auch, wenn nötig, den Mächtigen ins Gewissen reden.

Horst Becker vom evangelischen Missionswerk sagte dazu: „Die Kirche kann der Wirklichkeit nicht ausweichen. Die Kirche kann politisch nicht abstinent sein.“ Becker war ebenfalls der Meinung, daß Entwicklung nur mit Einbeziehung des anderen Partners gelingen kann. „Gott will, daß allen Menschen geholfen wird“.

Kirche und Soldaten

Heessen (sk). Nach einer Vakanz von über sieben Jahren ist die Stelle des für Hamm und Ahlen zuständigen evangelischen Militärpfarrers wieder besetzt worden. Das teilte der Vorsitzende des

Evangelischen Arbeitskreises der Hammer CDU, Ratsherr **Heinrich Wiese**, mit und stellte als neuen Amtsinhaber Pfarrer Hermann Niederbrehmer vor, der nach einer Tätigkeit als Gemeindepfarrer zuletzt beim Diakonischen Werk in Recklinghausen eingesetzt war.

Zu der Veranstaltung, bei der der evangelische Standortpfarrer in Düsseldorf, **Dr. von den Steinen**, zum Thema „Die Verantwortung der Kirche für die Soldaten“ sprach, begrüßte Vorsitzender Wiese an der Spitze mehrerer evangelischer Pfarrer den Superintendenten des evangelischen Kirchenkreises Hamm, **Ernst-August Draheim**, den Geschäftsführer des Diakonischen Werkes im Kirchenkreis, **Walter Meyer**, sowie Vertreter der Bundeswehr verschiedener Dienstgrade und Heessener Vereine. Wiese bezeichnete den Evangelischen Arbeitskreis der CDU als Forum, „in dem sich Probleme der Kirche und der Politik einschließlich der Anliegen der Soldaten begegnen“.

Referent Dr. von Steinen unterstrich, daß er nicht Bundeswehrpfarrer, sondern Pfarrer der Kirche für die Bundeswehr sei. Nach einem geschichtlichen Rückblick auf das Verhältnis von Staat und Kirche seit den Zeiten Kaiser Konstantins bis zu den „Barmer Thesen“ betonte der Redner die Verpflichtung der Kirche, die Soldaten mit ihrem Dienst zu begleiten. Er verwies auf den Beschluß der Synode der Westfälischen Landeskirche, daß Wehrdienstverweigerung nicht die christlichere Form für den Christen im Staat sei: „Wehrdienstverweigerung hat für die Kirche nicht Vorrang!“ Die für die Bundeswehr tätigen Pfarrer seien Zivilisten und keine Dienstvorgesehenen. Dann schilderte er seine Aufgaben bei der Bundeswehr vom lebenskundlichen Unterricht bis zum Gottesdienst.

Gentechnologie

Remscheid. Die ethischen Probleme der Gen-Technologie und die Frage, ob der Mensch alles machen darf, was er machen kann, beherrschte die Diskussion im CVJM-Saal, als der „Evangelische Arbeitskreis“ und die „Frauenvereinigung“ der CDU Remscheid über „Chancen und Risiken der Gentechnologie“ zu Referat und Diskussion eingeladen hatten.

Professor **Dr. med. Schlake**, der Direktor des Pathologischen Instituts Gelsenkirchen, war einer Einladung nach Remscheid gefolgt und hielt ein Referat, in dem er, beginnend bei der Begriffsbestimmung und fortführend über die Entwicklung der Bio-Technologien bis hin zu den heutigen Möglichkeiten, den Zuhörern diesen schwierigen Bereich der Medizin verstehbar machte.

Immer schon haben Menschen sich biologische Prozesse und die Tätigkeit von Bakterien, Viren und Algen nutzbar gemacht. Joghurt, Käse und Wein gäbe es nicht, wenn nicht Mikroorganismen dabei tätig würden.

Aber erst in der neueren Zeit ist es möglich geworden, die natürlichen Eigenschaften solcher Organismen durch Eingriffe ins Erbgut künstlich zu verändern. DNS-Stücke, in denen Erbinformationen gespeichert sind, können aufgeschnitten und neu zusammengefügt werden. Die daraus entstandenen Lebewesen können gezielt mit bestimmten Eigenschaften versehen und zur Vermehrung gebracht werden.

Zum Nutzen der Menschen wird heute Insulin durch manipulierte Koli-bakterien und Interferon – ein krebs-hemmendes Mittel – durch gentechnisch veränderte Eiweißbausteine erzeugt.

Weitere Untersuchungen und Forschungen machten es jedoch auch möglich, natürliche Artgrenzen zu überspringen und Lebewesen entstehen zu lassen, die sonst in der Natur nicht vorkommen können. Pflanzen und Tiere können „geplant“ werden, und wenn auch höhere Lebewesen ungleich viel-tausendfach kompliziertere Erbfäden haben, an die man noch nicht herankommt, so erzeugen doch schon Begriffe wie „Klonen“, „Ersatzteilbanken für Menschen“ und „Gentransplantationen“ Ängste bei den Menschen und stellen immer stärker die Frage nach der „Ethik bei der Genetik“!

Darf unbeschränkt geforscht werden, oder müssen sich die Wissenschaftler auf überschaubare Bereiche beschränken? „Immer wieder,“ so Professor Dr. Schlake, „stößt der forschende Mensch beim Versuch, eine Frage zu lösen, auf hundert neue Probleme und Fragen, und längst hat man aufgehört, daran zu glauben, daß man alles ‚machen‘ kann und alle Fragen jemals lösen wird.“

In der Diskussion zeigte sich sehr stark, daß die Teilnehmer sehr wohl die Vorteile, etwa von manipuliertem Ge-



v. li.: Hildegard Schrader, Karl-Heinz Humpert, Professor Dr. Schlake und Karl Schiller

treide für den Kampf gegen Hunger in Dürregebieten erkannten, und trotzdem gaben sie dem Wissenschaftler den Rat an seine Kollegen mit, daß sie behutsam und verantwortungsvoll weiterarbeiten sollen.

Karl-Heinz Humpert vom „Evangelischen Arbeitskreis“ und **Hildegard Schrader** von der „Frauenvereinigung der CDU“, die gemeinsam die Diskussion um dieses schwierige Thema leiteten, entließen den Referenten mit dem Wunsch, daß neben der Forschung in der Gen-Technik auch das Nachdenken über die Ethik in der Wissenschaft stattfinden muß.

Klassenkampf im Alter mit doppelten Rentenbeiträgen

München. „Auf uns kommt ein Jahrhundert-Problem zu, denn der Altersaufbau unseres Volkes wird sich dramatisch ändern. Wir wollen nicht bestehende Rechte verändern oder beschneiden, aber wir müssen einen Umdenkprozeß einleiten.“ Das betonte der Leiter der Diskussion im Pschorr-Keller **Heinz Broschell**, Bezirksvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CSU Oberbayern, einleitend.

Er nannte alarmierende Zahlen: Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes würden im Jahr 2030 den 6,4 Millionen Kindern und Jugendlichen 15,4 Millionen Rentner gegenüberstehen. Zu diesem Zeitpunkt müßten dann 100 Berufstätige, die Rentenversicherungsbeiträge bezahlen, für den Unterhalt von 112 Rentnern aufkommen, damit sei ohne Zweifel zu rechnen. Heute betrage das Verhältnis noch 49 Rentner auf 100 Beitragszahler.

Staatssekretär **Gebhard Glück** (früher Arbeits-, jetzt Kultusministerium), Leiter der CSU-Rentenkommission und damit Sozialexperte seiner Partei, wies darauf hin, daß in der Öffentlichkeit Verwirrung herrsche. „Denn einerseits wird immer mehr vom vorzeitigen Ruhestand geredet und andererseits werden Forderungen nach einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit über das 65. Lebensjahr hinaus laut“, meinte Glück.

Die Finanzierung der Renten sei zwar dank der in der vergangenen Legislaturperiode von der Bundesregierung eingeleiteten Maßnahmen bis Anfang der Neunziger Jahre gesichert. Aber diese „Atempause“ müsse jetzt unter allen Umständen genutzt werden, um eine dauerhafte Stabilisierung der Renten zu sichern, betonte der Staatssekretär.

„Ohne Maßnahmen, die der Entwicklung entgegenwirken, müßten letztlich entweder die Beiträge zur Rentenversicherung verdoppelt oder die Renten halbiert werden“, befürchtete Glück in seinem Referat im Hinblick auf die Tatsache, daß in den letzten Jahren der Eintritt in die Rente auf das 59. Lebensjahr abgesunken sei:

„Mehr als 80 Prozent der Versicherten gehen in den vorzeitigen Ruhestand.“ Dies bedeute einen erheblichen Rückgang der Rentenbeiträge, Finanzengpässe seien also vorprogrammiert. Der Staatssekretär sprach sich nachdrücklich für eine Verlängerung der „Erwerbsphase“ und eine schrittweise Heraufsetzung der Altersgrenzen aus.

Oberkirchenrat **Gerhard Tröger**, Jurist bei der Evangelischen Kirche, erklärte, die Kirchen seien bereit, bei der Lösung der schwierigen Probleme rund um die künftige Altersversorgung mitzuhelfen („Wir zahlen unseren Mitarbeitern 75 statt der sonst üblichen 65 Prozent der letzten Gehälter und Löhne“).

Der Justitiar der Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Bayern, **Gottfried Liebers**, gab zu bedenken, daß der Lebensstandard der Rentner zwar erhalten bleiben solle, aber bei gleichen Beiträgen zur Rentenversicherung ohne Zweifel das Rentenniveau sinken werde. Man könne kaum ohne Erhöhung der Rentenversicherungsbeiträge auskommen. Den zu erwartenden negativen Entwicklungen solle auch durch innerbetriebliche Maßnahmen wie der Schaffung „altersgerechter“ Arbeitsplätze entgegen gewirkt werden.

EAK-Landestagung Niedersachsen

Walsrode. „Leben schützen – Leben weitergeben“ war das Thema der Niedersächsischen Landestagung im Herbst 1987. Dazu hatte die Landesvorsitzende **Gesa Conring** viele namhafte Referenten eingeladen, um in Offenen Foren sowohl die drängenden Fragen des Schutzes für das ungeborene Leben wie neue Fragestellungen in Medizin und Biotechnologie und auch der Familienpolitik allgemein zu diskutieren.

„Die Unverfügbarkeit des Lebens darf nicht nur für das ungeborene, sondern muß ebenso für das behinderte, alte und sterbende Leben gelten“, formulierte **Bundesministerin Professor Dr. Rita Süßmuth** in ihrem einführnden Beitrag. „Um Leben schützen und weitergeben zu können, muß Orientierung gewonnen und Lebenszuversicht gestärkt werden“, erklärte die EAK-Landesvorsitzende **Gesa Conring**. Gemeinsam müsse man nach Konsequenzen suchen. Dem Leben Schutz und Halt zu geben, sei eine persönliche, gesellschaftspolitische und christliche Aufgabe. Männer und Frauen sollten sich dabei nicht trennen, betonte **Gesa Conring**.

Es schloß sich ein offenes Diskussionsforum unter der Leitung von Landtagsmitglied **Gustav Isernhagen** an. Auf dem Podium standen prominente Gesprächspartner Rede und Antwort.

Daß der Anteil an praktiziertem Glauben stark zurückgegangen sei, bedauerte **Dr. Süßmuth**. Im Christentum stecke eine Menge Kraft. Niemand habe jedoch das Recht, den Glauben an einer kurzgestrickten Moral festzumachen. „Wir sind keine Funktionäre der Kirche, sondern Botschafter der christlichen Überzeugung“, erklärte die Bundesministerin.

„Zu sehr wurde versucht, den ländlichen Raum an städtische Bereiche an-

zugleichen“, sprach **Rita Süßmuth** ein weiteres Thema an. Dabei seien die gewachsenen Strukturen außer acht gelassen worden. Frauen würden immer gefragt, warum sie nicht mehr Kinder haben wollten. 30 bis 60% der Schwangeren auf dem Land und in den Städten suchten die Konfliktberatung auf. „Hier sind wichtige Ansatzpunkte“, betonte **Frau Süßmuth**. Sexualität und Partnerschaft müßten gemeinsam von Frauen und Männern verantwortet und die Zerreißen zwischen Familie und Beruf gemindert werden. Voraussetzung dafür seien jedoch geänderte Strukturen.

„Solange Frauen als Risiko-Arbeitnehmerinnen gelten, überzeugt die Diskussion um ungeschütztes Leben nicht“, machte die Ministerin deutlich. Würde der Paragraph 218 so praktiziert, wie er gefaßt sei, gebe es auch keine Diskussion darüber. Das geplante Beratungsgesetz stelle kein Instrument zur Unterdrückung der Frau dar. Beratung, soziale Umfeldhilfe und Nachsorge müßten verbessert werden. Dies sei ein weiterer Mosaikstein zu den Gesetzen, betonte **Frau Süßmuth**.

Kritisch fragte **Friedrich-Otto Scharbau**, Präsident des Lutherischen Kirchenamtes Hannover, ob das Tagungs-Thema lediglich auf menschliches Leben anzuwenden sei. Genmanipulation beträfe auch Tiere und Pflanzen. Die Aufgabe der Kirche bestehe in der Formulierung von Werten und Normen. Politik sei nicht dazu da, Werte zu setzen, sondern sie für die gesellschaftliche Praxis zu interpretieren.

Das Thema dürfe nicht auf menschliches Leben verengt werden, forderte auch **Gunther von Mirbach**, Landesvorsitzender der Jungen Union. Mit den Möglichkeiten der Genforschung sei die Gefahr gewachsen, sich über den siebenten Schöpfungstag hinauszubewegen. Daß die Grundfragen der Existenz in der Tagespolitik zu kurz kämen, bedauerte **Albrecht Martin, der EAK-Bundesvorsitzende**. Er warnte vor einer Verschärfung des Paragraphen 218. Dies könne den Menschen nicht helfen.

In den Arbeitsgruppen beteiligte sich auch das Mitglied der Enquete-Kommission, der CDU-Bundestagsabgeordnete **Dr. Hans-Peter Voigt**. Er betonte, daß die Gen-Forschung zwar eingegrenzt werden müsse, daß aber auch bedacht werden sollte, daß z. B. die Immunschwäche AIDS letztendlich nur mittels der Ergebnisse aus diesen Forschungsbemühungen zu beherrschen sei.

Der Generalsekretär der Niedersachsen-CDU, **Hartwig Fischer, MdL**, hatte

in seinem Grußwort neben Grüßen des Landesvorsitzenden **Wilfried Hasselmann** seine Sorge ausgedrückt, daß sich immer mehr CDU-Mitglieder von ihrer Kirche abwenden. Für die evangelischen Kirchen in Niedersachsen wies auch **Oberlandeskirchenrat Dr. von Tiling** darauf hin, daß zwischen Evangelischer Kirche und CDU manches zu reparieren sei. Die Partei mit dem C sollte diese eigene Vorgabe nicht aus dem Blick verlieren. Teile des Programmes, die dadurch besonderes Gewicht haben sollten, drohten zu verkümmern.

Der Landrat des Landkreises Sothausen, **Wolfgang Buhr** (CDU), verband mit einem herzlichen Willkommen für den EAK die Sorge um den Verlust an Glaubwürdigkeit in der Politik. „Hier hat der EAK eine zunehmend wichtigere Aufgabe wahrzunehmen“.

Geschichtsbetrachtung

Albstadt-Ebingen. Der ehemalige Kultusminister von Baden-Württemberg, Professor **Dr. Wilhelm Hahn**, hielt auf Einladung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) einen Vortrag zum Thema: „Können wir Deutsche uns zu unserer Geschichte bekennen?“

Professor **Hahn**, 1909 im Baltikum geboren, lieferte mit seinem Referat den Beweis, daß er sich zwar aus der aktiven Politik zurückgezogen, sich aber noch lange nicht auf die Ruhebank gesetzt hat. Voller Vitalität skizzierte er anhand von thesenartig aufgestellten Behauptungen die Stellung der Deutschen zu ihrer Geschichte, wobei er sich auf das 20. Jahrhundert beschränkte.

Doch beließ es der Referent nicht allein beim Beschreiben des Zustandes, sondern stellte immer wieder kritisch die Bezüge zur Gegenwart dar. Nie versuchte er, Geschichte einseitig, eindimensional darzustellen. So verwies er bei seiner Beschreibung über den deutschen Historikerstreit auch auf einen neu entfachten Historikerstreit in der Sowjetunion, seit Gorbatschows Regierung. Er zeigte an diesem Beispiel, daß auch dort einiges in Bewegung geraten ist.

Besonders betonte **Hahn**, daß die deutsche Geschichte auch Kultur- und Religionsgeschichte sei, wobei man die soziale Entwicklung nicht übersehen dürfe. **Hahn** kritisierte die sich immer weiter ausbreitende Sichtweise derer, die die Geschichte allein auf das Politische reduziert sehen wollen. Gerade die Weimarer Republik sei unter anderem auch an der fehlenden Identifikation der Deutschen mit ihrem Staat zerbrochen.

Für uns gelesen und besprochen

Augenärztin greift zur Feder

„Glück zum Leben“, so ist der Titel des Gedichtbändchens, mit dem die Gelderner Ärztin Dr. Kirsten Helling ihr literarisches Debüt gibt.

Diese veröffentlichten Verse der Autorin spiegeln die Freude am Leben wider und wollen die Fähigkeit vermitteln, Glück auch, wo man es nicht vermutet, zu erkennen und zu erleben.

Die Verse und Gedichte erzählen über das Glück, sowohl was man darunter im allgemeinen, als auch im besonderen aus dem persönlichen Lebensbereich der Autorin verstehen kann.

Die Verfasserin stammt aus dem Kreis Kleve. Sie wurde 1947 in Uedem geboren, machte am Gymnasium Goch 1967 das Abitur und kehrte vor zehn Jahren nach Abschluß des Medizinstudiums und Promotion an der Universität Düsseldorf als Augenärztin in den Kreis Kleve zurück, um sich in Geldern niederzulassen. Die Liebe zur Natur und zum Landleben haben auch wesentlich zur Entstehung ihrer Verse über das Glück beigetragen.

Bereichert wird das Buch durch Zeichnungen des Bruders der Autorin, Peter Hohl.

Ab sofort ist das Bändchen im Buchhandel erhältlich.

Von jedem verkauften Exemplar des Gedichtbandes kommt 1 DM dem Verein zum Schutz des ungeborenen Lebens zugute:

„Strebst Du nach dem Glück tagtäglich, fühlst Du elend Dich und kläglich. Hörst Du auf, danach zu streben, dann erlebst Du's eben!“

Hans Edgar Jahn, An Adenauers Seite. Sein Berater erinnert sich. 446 Seiten mit zahlreichen Abbildungen, Verlag Langen Müller, München 1987.

Dieses Buch gibt Einblick in die Politik des Kanzlers von 1949 bis 1963 unter Auswertung von Quellen und Privatarchiven, Protokollen, Besprechungsnotizen, Bundeskanzleramtsberichten, die in der bisherigen Adenauer-Literatur unberücksichtigt blieben.

Hans Edgar Jahn, der von 1951 bis 1963 die politische Arbeit Konrad Adenauers begleitete und sie für die Öffentlichkeit interpretierte, schlägt mit diesem Buch ein neues Kapitel Adenauer-scher Politik auf. Das Geheimnis der erfolgreichen Politik Adenauers wird im wahrsten Sinne des Wortes „offensichtlich“. 1951 wurde Hans Edgar Jahn als PR-Berater berufen. Er sollte eine Institution aufbauen, die die Politik des Bundeskanzlers und seiner Regierung verdeutlichte und sie zu einem integrierenden Teil der öffentlichen Meinung machte. So entstand die Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise (ADK), die Informationsarbeit vor allem im Hinblick auf innere und äußere Sicherheitspolitik leistete.

Konrad Adenauer über Dr. Hans Edgar Jahn:

„Ohne Ihre Mitarbeit, das möchte ich auch vor der ganzen deutschen Öffentlichkeit sehr nachdrücklich sagen – wären die Erfolge für Deutschland nicht möglich gewesen ...“

Aktuelle Neuerscheinung

**Politik in der Kirche
Kirche in der Politik**

Theologie als Politikberatung?

Prof. Dr. Eilert Herms
Seminar für Systematische Theologie
Fachbereich Evangelische Theologie
Universität Mainz

Theologie – Hilfe oder Hindernis für die Politik?

Dr. Karl-Martin Graß
Ltd. Ministerialrat
Staatskanzlei Rheinland-Pfalz

– Eine Tagungsdokumentation –

Herausgegeben vom EAK Mainz und vom EAK Mainz-Bingen

*Pflichtlektüre
zur Beteiligung an der Diskussion
über Kirche und Politik!*

Gegen Einsendung von DM 2,40
in Briefmarken anfordern beim
EAK, Fontanestraße 87, 6500 Mainz 31

Unsere Autoren

Albrecht Martin
Minister für Bundesangelegenheiten
Landesvertretung Rheinland-Pfalz
Schedestraße 1
5300 Bonn 1

Werner Steinjan
Schüllerweg 10
5300 Bonn 2

Ulf Fink
Senator für Gesundheit und Soziales
An der Urania 12
1000 Berlin 30

Dr. Friedrich Menke
Koenenkampstraße 28
2800 Bremen 1